

Modernisierung der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch - Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Frau

Die Junge Union SH fordert:

- dass Schwangerschaftsberatungen insbesondere in Not- und Konfliktlagen ausgebaut und stärker finanziell gefördert werden
- dass freiwillige Schwangerschaftsberatungen insbesondere in Not- und Konfliktlagen ausgebaut und stärker finanziell gefördert werden
- den Schwangeren, deren Kinder eine Behinderung haben, ein besseres Hilfsangebot vor sowie nach deren Geburten zu machen
- dass Ärztinnen und Ärzte im Medizinstudium verstärkt für Schwangerschaftsabbrüche und den Umgang mit den Patientinnen geschult werden
- die Anforderungen an ärztliche Prognosen der embryonalen oder fetalen Schädigung gesetzlich stärker zu konkretisieren
- dass verständliche staatliche Informationskampagnen zu den Rechten der Schwangeren aber auch zu Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch entwickelt und umgesetzt werden
- Übernahme der Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch mit Einwilligung der Schwangeren und bei ärztlicher Durchführung bis zur 12. Woche